

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wochentlich nachmittags 4 Uhr, bezugsweise monatlich 2 RM, frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. Zusätzl. Beilage: „Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend“



Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Kanzleibriefe laut anstehender Verträge Nr. 6. — Ruffen-Verträge: 20 Ruffen. — Postgebühren bez. Erleichterungen und Platzverträge werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Kosten: 10 Ruffen für die erste Zeile, 5 Ruffen für die folgenden Zeilen. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rössen, sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 117 — 95. Jahrgang      Drahtanschrift: „Tageblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Mittwoch, den 20. Mai 1936

## Außenpolitische Umschau.

Eine entscheidende Woche für England. Das Kabinett hat in einer Sonder Sitzung sich mit dem immer stärker werdenden Druck der innen- und außenpolitischen Krise zu befassen gehabt. Es wird noch öfter in diesen Tagen zusammentreten, denn es muß Entscheidungen treffen, die von größter Tragweite sind. Das Verhältnis England-Italien hat Formen angenommen, die unerträglich sind. In der Abessinienfrage gibt es für Italien kein Zurück, und für England hängt an diesem Konflikt ein Stück seines Rufes. Hier einen Ausweg zu finden, ist für die Londoner Regierung nicht leicht, zumal auch die Ereignisse in Palästina in gewissem Zusammenhang mit der Abessinienfrage stehen und Englands größte Aufgabe, die Aufrechterhaltung seiner Weltmachtstellung, nicht in Gefahr kommen darf. Außerdem kann das Kabinett Baldwin nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß aus der Außenpolitik etwa die Kriegsgefahr heraussteigt. Die Entscheidung ist um so schwieriger, als die außenpolitische Krise auch eine Krise im Innern ausgelöst hat. Es haben sich die Sanctions- und die Antisanktionspartei gegenüber. Diese Gegensätze muß Baldwin überbrücken, wenn er nicht seine Regierung in Gefahr bringen will. Die Gegensätze gehen bis tief in das Lager der Konservativen hinein. Baldwin wird also Vertreter der konservativen Opposition in sein Kabinett hineinnehmen und einige seiner bisherigen Mitarbeiter ausschließen müssen, wenn er sein Kabinett retten bzw. stärken will. Von der Entwicklung dieser Dinge hängt viel für England, viel für Europa ab.

Die innenpolitische Lage in Frankreich hat nach den Beschlüssen der marxistischen Arbeitergewerkschaft, die die praktische Mitarbeit an der neuen Volksfrontregierung ablehnt und sich darauf beschränkt, die Verwirklichung gewisser sozialer Fragen mittelbar zu unterstützen, eine nur teilweise Klärung erfahren. Nachdem nunmehr Komunisten und Gewerkschaftler eine Vereinigung abgelehnt haben, erwartet man die Antwort der Radikalfazienten und der Sozialistischen Vereinigung, die unter der Führung Paul-Boncourts steht. Die „Volksfrontregierung“ steht schon vor größten Schwierigkeiten, ehe sie überhaupt gebildet ist. Jeder der Bundesgenossen präsentiert seine Forderungen, jeder macht Vorbehalte und stellt Bedingungen, und Leon Blum, der Führer der Sozialisten, soll sehen, wie er alle Wünsche unter einen Hut bringt. Vor allen Dingen steht man sich schon die Taktik der Kommunisten mit ziemlichem Unbehagen mit an. Ihre Forderungen sind groß und unabänderlich, aber die Mitarbeit an der Regierung, die diese Forderungen erfüllen soll, verweigern sie. Von Blum führt jetzt bereits den kommunistischen Druck, unter dem seine Regierung stehen wird. Schon taucht die Sorge auf, daß die Kommunisten nur das Ziel haben, ihre kommende Regierung vorzubereiten, und mit größtem Unbehagen verzeichnen die Vertreter der Zweiten Internationale, daß ihre kommunistischen Bundesgenossen die Absicht haben, in ganz Frankreich „händliche Ausschüsse der Volksfront“ zu schaffen, was den örtlichen Sowjets verdammt ähnlich sieht. Die Kommunisten werden die Position, die sie sich durch das Bündnis mit den Marxisten errungen haben, weiter ausbauen, und es wird der Tag kommen, wo die Marxisten an die Folgen des Bündnisses schwer zu tragen haben werden.

Moskau scheint eine neue Offensive zur Ausbreitung des Bolschewismus anzupfeifen. Der Vorstoß beginnt diesmal scheinbar in Latein-Amerika, und die Parole heißt: „Bildung roter Volksfronten“. Die Erfolge in Frankreich und Spanien scheinen der kommunistischen Propagandazentrale in Moskau neuen Mut gegeben zu haben. War der Versuch in Südamerika ein glatter Mißerfolg Moskaus, so wird der Hebel nun in Mittelamerika angelegt. Als Zentrale für die bolschewistische Werbung ist hier Mexiko von den Moskauer Drahtziehern auserwählt worden, weil dort eine Einbürgerung vorhanden ist, die die Tätigkeit der Moskauer Agenten nicht behindern wird. Mit Streiks, die dem Wirtschaftsleben tiefen Schaden einbringen, ging der Propagandafeldzug los, jetzt ist von der „Antimperialistischen Liga Mexikos“ ein Aufruf an die Marxisten aller lateinamerikanischen Staaten ergangen, Vertreter nach Mexiko zu entsenden, um eine „Volksfront“ zu gründen mit dem Ziel der „Bekämpfung der wachsenden faschistischen Bewegung“. Das ist die neueste Methode zur Vorbereitung der Weltrevolution, die man in Moskau wohl für ausschlagreich hält, als die offene Werbung für den Bolschewismus.

Wo alles zur Gemeinschaft drängt, haben Außenfeinde keinen Platz mehr!  
Schließt die Reihen und bekämpft Euch zur Deutschen Arbeitsfront!

## „Unverletzliche Rechtsicherheit des deutschen Lebens“

Die Abschlußkundgebung des Deutschen Juristentages 1936

Nach viertägiger Dauer fand der Deutsche Juristentag 1936, der zweite im Dritten Reich, und zugleich die fünfte Reichstagsung des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, seinen feierlichen Abschluß mit einer Großkundgebung in der großen Maschinenhalle des Messelgeländes in Leipzig, in der auch die Eröffnung stattgefunden hat. Wieder waren die deutschen Rechtslehrer zu Tausenden herbeigekommen, um aus dem Munde des Reichsrechtsführers die Würdigung der in diesen vier Jahren geleisteten ungeheuren Arbeit für die Neugestaltung des deutschen Rechts und die Zielsetzung für die kommende Arbeit zu hören.

Die große Bedeutung der Tagung kam darin zum Ausdruck, daß Reichsminister Dr. Goebbels der Schlußkundgebung beizuwohnte, um die Beziehungen zwischen Leben und Gesetz, zwischen Volk und Recht, darzutun. Mit ihm wohnten Reichsjustizminister Dr. Garterner, Staatssekretär Lammerz, der Präsident des Volksgerichtshofes Thierack, SS-Brigadeführer Verleimann und für den in München weilenden Reichshofhalter Wacksmann Landesstellenleiter Salzmann der Kundgebung bei.

Nachdem Reichsrechtsführer Dr. Franz Gedenkworte für Julius Schred gesprochen und das Danktelegramm des Führers auf das Treuegelöbniß der Rechtslehrer gelesen hatte, hielt Reichsminister Dr. Goebbels seine Ansprache.

### Reichsminister Dr. Goebbels

erklärte unter anderem: Erst dann wird die Justiz ein inneres Verhältnis zum Volk haben, wenn das Volk in ihr auch wieder den höchsten Ausdruck völkischer, sozialer und nationaler Gerechtigkeit finden kann. Insofern allerdings muß das Gesetz dem Zeitgeist entsprechen und nur, wenn seine Diener diesen Geist der Zeit in sich tragen, sind sie in der Lage, ihm auch in der Rechtsprechung selbst Ausdruck zu geben.

Während das liberale Gesetz nur das Individuum beschützt, beschützt das nationalsozialistische Recht das Volk. Es ist nicht wahr, daß das nationalsozialistische Gesetz die Freiheit des Individuums einengt, denn schließlich setzt ja jede persönliche Freiheit von der Freiheit der Nation sich ab.

Die ausländische Behauptung muß zurückgewiesen werden, daß es in Deutschland keine Pressefreiheit mehr gebe. Wir haben nicht die Freiheit, sondern die geistige Anarchie der Presse abgeschafft. Gesetz muß der deutsche Schriftleiter sein Amt heute im Dienst des Volkes versehen. Wir halten es aber für eine höhere Ehre, nach dem Lebensinteresse einer Nation zu schreiben, als im Sold einer anonymen Weltklique zu stehen. Was in solchen liberalen Staaten als Pressefreiheit ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit schlimmste geistige Tyrannei, weil sie anonymer ausgeübt wird.

Kein Staat habe das Recht, sich zum Richter über die inneren Verhältnisse eines anderen aufzuwerfen. „Gesetze, nach denen ein Volk im Innern sein Dasein organisiert, unterliegen nur seinem eigenen Urteil.“ Es kann deshalb dem Nationalsozialismus nicht im geringsten eintrüben, wenn gewisse deutschfeindliche, meistens jüdische Juristen auf Grund von Paragraphen glauben, die „Gesetzlosigkeit“ der nationalsozialistischen Revolution „nachweisen“ zu können. Geschichte wird immer von nationalen Staatsmännern, nicht aber von internationalen Juristen gemacht.

Wenn sich die Welt mehr und mehr in ihrer eigenen Verwirrung verfangt, dann ist es notwendig, so rief der Minister unter stürmischer Zustimmung aus, wieder die einfache Vernunft sprechen zu lassen. Von dieser Grundkenntnis geht auch unsere Kritik am Versailler Vertrag aus. Er ist auf gefahrene Weise zustande gekommen, und seine Rechtsmittel der ungleichen Berechtigung beruhen nicht auf der deutschen Unterschrift, sondern auf Drohung mit Gewalt. Der Führer hat sich deshalb auf ein höheres Lebensgesetz seines Volkes und Europas berufen, als er diese unverträglichen Paragraphen durch neue Tatsachen ablöste. Diese Paragraphen waren im Vergriff, das Nebeneinanderleben freier Völker unmöglich zu machen. Es kann aber nicht der Sinn der Paragraphen sein, dem Völkerverleben die Entwicklungsmöglichkeiten abzuschneiden, sie können und sollen dieses Leben vielmehr beschützen und sichern.

Gesetze, die sich in Uebereinstimmung befinden mit dem Lebensrecht der Völker, werden am ehesten geeignet sein, eine dauerhafte und vernünftige Rechtsordnung herzustellen. Dadurch, daß wir Deutschland wieder auf eine neue, feste Rechtsbasis stellen, glauben wir unsere Pflicht einen wertvollen Beitrag zur Konsolidierung des schwerleidenden Europas beigetragen zu haben.

Wir Nationalsozialisten wollen nicht nur unser eigenes Land aufbauen, wir wollen dem gequälten Europa zu neuem Leben verhelfen. Es kann nur gesunden durch die Gesundheit aller seiner Glieder.

Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß es nach den endlosen Wirren und Krisen am Ende doch noch gelingen wird, der Welt den Weg zu wahren Frieden zu weisen. Wir haben auch einmal in unserem eigenen Land unendlich viele und schwere Krisen und Spannungen überstanden. Nun ist es unser Bestreben, Europa durch unsere Mithilfe auf eine bessere Rechtsbasis zu stellen, die sich mit dem Leben der Völker in Uebereinstimmung befindet, denn nur so können die Ueberreste überwunden werden.

Möge uns als den Vertretern einer wahren Gerechtigkeit und eines ewigen Rechtes es gelingen, auch der ärmlichen Welt den Weg dahin zu bahnen. Die Völker warten darauf: sie haben ein Recht zu leben. Die Staatsmänner müssen diesem Recht gehorchen.

Frieden und Wohlfahrt beruhen auf Gerechtigkeit, dieser Gerechtigkeit wollen wir zum Sieg verhelfen!

Nachdem Reichsminister Dr. Goebbels unter anhaltendem, sich immer wieder erneuerndem Beifall seine Ausführungen beendet hatte, verließ er nach Dankesworten des Reichsrechtsführers die Halle, um nach Berlin zurückzukehren.

Anschließend nahm der Reichsrechtsführer Reichsminister Dr. Frank das Wort zu seiner großen Schlußansprache, in der er u. a. ausführte:

Daß wir deutschen Rechtslehrer uns hier so zahlreich treffen, und daß wir hier an das Tiefste und Höchste des deutschen Volkslebens unter dem Gesichtspunkt des Rechts schöpferisch herantreten konnten, verdanken wir ausschließlich dieser Zeit des nationalsozialistischen Aufbruchs. Jeder von uns muß diesen Deutschen Juristentag 1936 als ein noch besserer Nationalsozialist verlassen. Jeder von uns muß als Rechtskämpfer

mit noch größerer Entschiedenheit für die Durchsetzung des Nationalsozialismus im Rechte eintreten. Das Entscheidende — und das gibt uns ein beglückendes Gefühl — ist, daß mit der Durchsetzung des organisatorischen Prinzips des deutschen Rechtsstandes zugleich die Durchsetzung der nationalsozialistischen Idee auf dem Gesamtgebiet des Rechtes sich verbindet, und daß aus der Einheit von Rechtsstand und Rechtsidee dem deutschen Volke und dem Deutschen Reich eine Rechtsordnung erwächst, die in ihren großen Grundfragen das Fundament eines viele Jahrhunderte überdauernden nationalen Rechtsaufbaues

sein wird. Wir bekennen uns zu diesem einheitlichen Wirken von Volk, Reich und Recht. Wie nie in der deutschen Geschichte wird deshalb auch der Segen des Allmächtigen über dem reinen Willen dieses nationalsozialistischen Volkes sein. Denn wo ein Volk so den Glauben an das Recht als eine nationale Mission aufweist, da ist die höchste Krönung des Friedensgedankens in einem Volke verwurzelt.

Dr. Frank jubt dann u. a. fort: Es gibt heute nur eine einzige Macht in Deutschland, das ist die Macht des Führers, die wiederum beruht auf der Ermächtigung durch das deutsche Volk, in seinem Namen die oberste Gewalt des Deutschen Reiches auszuüben. Gerade angesichts dieser Geschlossenheit unseres Volkes und Reichslebens ist die Stellung unserer Rechtspflege eine besonders starke. Denn auch für den Richter, für den Rechtswahrer, gilt die Autorität des Führers. „Recht“ steht in seiner Anwendung voraus, daß auch die Gewalt sich ihm beugt. Diese Sphäre der unabhängigen Rechtspflege ist ein Ausschnitt aus der Gesamtheit unseres nationalsozialistischen Reichslebens. Dieser

Schutz der unabhängigen Rechtspflege erstreckt sich auf sämtliche Gebiete des menschlichen Lebens ohne jede Ausnahme. Jeder aber, der glauben könnte, auf dem Umweg über den Mißbrauch der Rechtspflege gegen das nationalsozialistische Reich angehen zu können, möge von vornherein alle Hoffnung fahren lassen. Der Rechtswahrer und seine Macht sind nicht der Schutz einer etwaigen antinationalsozialistischen Opposition, sie dienen vielmehr der Stärkung der nationalsozialistischen Rechts- und Reichsautorität durch Gerechtigkeitssinn. Ohne hartes Reich kein hartes Recht, ohne hartes Reich auch keine unabhängigen Rechtswahrer.

Außerhalb der Autorität des Reiches gibt es keine Rechtsautorität, und auf die Dauer kann man sich dieser Einheit der Rechtsautorität auch von keiner Seite aus widersetzen.